

Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,68 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Haberle & Co., Wildbad; Reichsbank-Gewerbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober oder unter dem Haupttitel 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Familienrate 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Ausnahmefällen oder wenn gesetzliche Beibringung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Gsch. Wildbad i. Schw., Wildbaderstr. 24, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Die Zukunftsarbeit im neuen Staat

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht nach Abschluß des Nürnberger Parteitag ein Rückblick und Ausblick von Alfred Rosenberg, der darin u. a. erklärt: In einem einzigen Satz ist in der Proklamation des Führers wohl das enthalten, was für die Staatsgestaltung kommender Jahrzehnte und Jahrhunderte entscheidend sein wird: daß nämlich das jetzt gegründete Deutsche Reich nicht ruht auf Ländern und Stämmen, sondern auf der nationalsozialistischen Bewegung, d. h. daß die nationalsozialistische Bewegung vor der Geschichte nummehr die Aufgabe hat und die Pflicht trägt, die Volkwerdung der Deutschen in die Hand zu nehmen und das einzige Deutsche Reich zu gründen auf einer alle Deutschen umfassenden Welt- und Staatsauffassung. Man darf wohl annehmen, daß aus diesen richtunggebenden Grundgedanken auch nicht in allzu ferner Zukunft jene Folgerungen innerstaatlicher Art gezogen werden können, die der Führer bestimmt hat. Die wichtige Rede über das Wesen der Kultur war eine einzige Abgabe an den ganzen Kunstkampf der letzten Jahrzehnte. Die Rede sollte allen Denkenden und Künstlern Anlaß sein, ihre gesamte bisherige Arbeit zu überprüfen und nicht mehr von abstrakten Schemen an das Kunstwerk heranzugehen. Die dritte große Kundgebung des Führers war eine einzige Verpflichtung der Gesamtbewegung auf die grundlegenden Erkenntnisse, sie war eine Mahnung an alle Nationalsozialisten. Uns allen ist mit dieser letzten Führerede die erste Verpflichtung auferlegt worden, nicht rückwärts zu schauen, sondern suchend vorwärts zu blicken. Es müssen sich innerhalb der kämpfenden deutschen Nation Menschen finden, fähig und bereit, den eingeleiteten und siegreich durchgeführten Kampf weiterzutragen. Auf diesen drei Pfeilern: Volkwerdung, rassistische Kultur und Pflichtaufassung ruhte das Gesamtgebäude dieses Parteitags, der in Wahrheit ein Reichstag der deutschen Nation war.

Neue holländische Handelspolitik

Berlin, 5. Sept. Die holländische Regierung hat den Zollwaffenstillstand gekündigt. Dies ist die erste praktische Folgerung, die ein Land aus dem Mißerfolg der Weltwirtschaftskonferenz gezogen hat. Sie ist gleichzeitig auch die erste ausdrückliche Feststellung dieses Mißerfolgs in einem amtlichen Schriftstück. Der Zollwaffenstillstand, der den Regierungen die Verpflichtung auferlegte, keine neuen Maßnahmen zu treffen, die die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Welt Handels vermehren könnten, galt ursprünglich bis zum 31. Juli und sollte nach diesem Datum mit einmonatiger Frist gekündigt werden können. Auf der Londoner Konferenz einigte man sich dahin, daß er für die Dauer der Konferenz in Kraft bleiben sollte. Holland machte schon damals weitgehende Vorbehalte und hat durch seinen letzten Schritt bekundet, daß es die Konferenz, die formell nur vertagt ist, als nicht mehr bestehend betrachte. Das ist die zweite Folgerung, die die niederländische Regierung innerhalb weniger Wochen aus dem unverkennbaren Scheitern der mehrseitigen Verhandlungsmethode in der Handelspolitik zieht. Am 10. August hat Holland bereits das Abkommen von Doha, das zwischen Holland, Belgien und Luxemburg durch schriftlichen Zollabbau eine engere Wirtschaftsgemeinschaft herstellen sollte, aber noch nicht in Kraft getreten war, fallen lassen, indem es sich der englischen Auffassung anschloß, daß dieses Abkommen der Reichsbegünstigungsklausel des englisch-holländischen Schiffahrtsvertrages von 1837 zuwiderlaufe. So hat sich Holland von allen mehrseitigen Bindungen, die es bisher eingegangen ist und die seine Vertreter auf den internationalen Konferenzen lebhaft befürwortet haben, zurückgezogen, um seine Handlungsfreiheit nach allen Seiten auf dem Boden der Reichsbegünstigung wieder zu gewinnen. In dieser Entwicklung liegt die Bestätigung dafür, daß gerade die kleineren Staaten bei den neuen Methoden der internationalen oder wenigstens regionalen Wirtschaftsvereinbarungen ihre Interessen nicht wirksam geschützt sehen.

Die Wallfahrt nach Trier

Erfaunliche Leistung der Reichsbahn
Die Wallfahrt nach Trier erreichte am letzten Samstag und Sonntag ihren Höhepunkt. Es herrschte ein ausgeprägter internationaler Verkehr, wie er in der Molekstadt bisher wohl kaum beobachtet werden konnte. Der Andrang in der ganzen 6. Woche der Ausstellung des Heiligen Rocks war ungeheuer. Die Reichsbahn brachte neben dem gleichzeitigen riesigen Bahnverkehr von Nürnberg am Samstag und Sonntag rund 100 000 Wallfahrer nach Trier, davon 65 000 in 67 Sonderzügen und 35 000 als Einzelwägen in fahrplanmäßigen Zügen, zu denen eine Reihe Vor- und Nachzüge eingelegt werden mußten. Bereits am Sonntag morgen hatte die Reichsbahn seit Beginn der Ausstellung eine Million Pilger befördert. Am Dienstag lief der

Tagespiegel

Regierungseitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß eine Ausschließung der Konsumgenossenschaften von der Annahme der Zettelerbilligungsscheine unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr gebilligt werden kann.
Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde ermächtigt, bei allen Notstandsarbeiten die Grundförderung für die von bisherigen Empfängern der Reisen- oder Wohlfahrtsunterstützung nach dem 31. Juli 1933 geleisteten Tagewerte in vollem Umfang auf die Mittel der Reichsanstalt zu übernehmen.
Der Propagandazug für die Deutsche Arbeitsfront ist erst auf 1. Oktober angelegt worden.
Dienstlag mittag stürzte in der Nähe von Neustrelitz ein Sportflugzeug ab, wobei der Führer von Rodow tödlich verunglückte.
Der berüchtigte Marjst Heinrich Klumpp ist nunmehr in Strahburg verhaftet worden. Gegen Klumpp, der wegen Betrugs,

tausendste Sonderzug in Trier ein, für dessen feierlichen Empfang Wallfahrtsleitung und Reichsbahndirektion Vorbereitungen getroffen hatten. Interessant war am Samstag um Mitternacht eine Lichtprozession von etwa 5000 St. Georgs-Pilgern. Der allgemeine Vorbereitungs der Pilger am Heiligen Rock geht seit Samstag ununterbrochen Tag und Nacht vor sich. Die Ausstellung endet am nächsten Samstag mittags 12 Uhr. Den Schluß bilden etwa 15 000 Schützen, die am Samstag mittags von 1 bis 4 Uhr dem Heiligen Rock ihre Verehrung erweisen werden. Den offiziellen Schluß der Wallfahrt bildet das Pontifikatamt des Bischofs von Trier, Dr. Bornwasser, am kommenden Sonntag, 9. September, mit feierlicher Verhüllung des Heiligen Rocks. Auch zu diesem Gottesdienst werden noch viele Tausende in Trier erwartet.

Schacht über Wirtschafts- und Finanzpolitik im neuen Deutschland

Amsterdam, 5. Sept. Allgemeines Handelsblatt veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Mitarbeiters mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte Dr. Schacht: Die Unterstellung, die neue Regierung in Deutschland wolle zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung die Mittel der Konversionskasse irgendwie angreifen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Das Geld, das in die Konversionskasse eingezahlt wird, gehört nicht dem Deutschen Reich, sondern ist Eigentum derjenigen Gläubiger, die den vollen Transfer nicht erhalten. Ueber die bei der Konversionskasse sich ansammelnden Mittel, sofern sie überhaupt eine Anlage finden sollen, kann nur im Einverständnis zwischen den deutschen Stellen und den Eigentumsberechtigten verfügt werden. Bis dahin bleiben die Beträge bei der Reichsbank auf zinslosem Girokonto eingezahlt. Welche Mittel sonst der Reichsregierung zur Finanzierung der deutschen Wirtschaftsbefehle zur Verfügung stehen, ergibt sich aus den jeweils veröffentlichten Angaben. Daß die Notenpresse bisher für diese Ausgaben noch nicht gerade an sehr ausgedehntem Maße in Anspruch genommen ist, dürfte aus den wöchentlichen Ausweisen der Reichsbank hervorgehen.

Daß der Transferrückschub unseren Kredit schädigen könnte oder schädigt, scheint nur eine recht oberflächliche und kurzfristige Auffassung zu verraten. Die mit der Wirtschaft vertrauten Kreise wissen, daß, wenn Deutschland seine vollen Schuldentilgungen an das Ausland fortgesetzt hätte, es in kürzester Frist vor der Tatsache der absoluten Zahlungseinstellung gestanden hätte. Daß Deutschland hiergegen rechtzeitig Maßnahmen ergriffen hat, zeigt ferner, daß Deutschland den wirtschaftlichen Problemen, die eine sinnlose internationale Wirtschaftspolitik ihm aufgedrängt hat, nicht tatenlos zuschaut, sondern sinnvolle Lösungen energisch in die Hand nimmt. Deutschland sucht ja überdies seinen neuen Kredit, sondern möchte die bestehenden Kredite so rasch wie möglich ablösen. Daß die deutsche Handelspolitik im Ausland Boykottandrohungen hervorgerufen haben soll, ist mir neu. Wohl habe ich von jüdischen Boykottandrohungen gegen Deutschland gehört, was das aber mit der Handelspolitik zu tun hat, ist mir unerfindlich. Eine Reihe ausländischer Regierungen hat übrigens bereits erkannt, daß ihre Volkswirtschaft nicht für die Spezialinteressen jüdischer Händler da ist und daß derartige Boykottandrohungen geeignet sind, bedenkliche Rückwirkungen auf die Wirtschaft derjenigen Länder hervorzurufen, die solchen Boykott dulden. Von Deutschland Schuldenzinsen und Tilgung zu verlangen, aber gleichzeitig seine Waren abzulehnen und die Einfuhr nach Deutschland zu erhöhen, das ist eine Quadratur des Kreises, um deren Lösung sich nur sehr leichtfertige und unverantwortliche Leute bemühen.

Neue Nachrichten

Eröffnung der preussischen Generalsynode

Berlin, 5. Sept. Anlässlich des Zusammentritts der neuen Generalsynode fand heute vormittag ein Festgottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche statt. Generalsynodenpräsident D. Eger-Magdeburg hielt die Festpredigt. Er führte u. a. aus, da die Kirche in den vergangenen Jah-

rentre und Befechung gesucht wird, ist ein Auslieferungungsverfahren eingeleitet worden.

Der polnische Diktator Marschall Pilsudski ist in Jatscschl an der polnisch-rumänischen Grenze eingetroffen.

Die amerikanische Regierung hat die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach Kuba als Folge des dortigen Staatsstreiks angeordnet. Aus Havana wird gemeldet, daß eine revolutionäre Junta einen Vollzugsausschuß von 5 Mitgliedern mit der Aufgabe beauftragt hat, die kubanische Regierung zu übernehmen.

Der Schweizerische Bundesrat genehmigte den Entwurf zu einem dringlichen Parlamentsbeschluss, welcher bis Ende 1933 grundsätzlich die Eröffnung neuer und die Erweiterung bestehender Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Kaufhäuser verbietet.

Eine neue gegen die Nationalsozialisten gerichtete österreichische Notverordnung bestimmt, daß der Kostenfuß für außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen demjenigen Personen auferlegt werden könne, welche diese angeblich verursacht oder gefördert haben.

ren in einer anderen Zeitperiode als das Volk gelebt haben, hätten sich beide nicht mehr verstehen können. Landesbischof Müller führte aus, der Führer Adolf Hitler habe niemals den Gedanken gehegt, in das Eigenleben der Kirche einzugreifen. Das Volk solle von sich aus frei bezeugen, wie es die Kirche gestalten wolle; dies sei der Sinn der Wahlen gewesen. Die Arbeiten der Generalsynode sollen der Kirche ein neues Gewand und einen neuen Geist geben und sie wieder mit dem Volk in engste Fühlung bringen.

Keine Erholungsreise des Reichspräsidenten nach Bayern

München, 5. September. Reichspräsident von Hindenburg hat auf die Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten, in diesem Jahr wieder einen Teil seines Erholungsurlaubes in Bayern zu verbringen, mitgeteilt, daß es ihm zu seinem lebhaften Bedauern in diesem Jahre aus dienstlichen Gründen nicht möglich ist, Bayern wieder zu besuchen und von dem ihm eingeräumten Jagdrecht Gebrauch zu machen.

Die erste Tagung der Generalsynode

Die Gruppe „Evangelium und Kirche“ verläßt den Saal
Berlin, 5. Sept. Die erste Tagung der neuen Generalsynode der Altpreußischen Union wurde am Dienstag nachmittag im Sitzungssaal des Herrenhauses eröffnet. Zum Präsidenten wurde Rechtsanwalt Dr. Friedrich Werner gewählt.

Gegen Schluß der Sitzung gab Präses D. Koch im Namen der Gruppe „Evangelium und Kirche“ die Erklärung ab, seine Gruppe sei zu der Generalsynode gekommen in der Hoffnung, daß ein endgültiger Schlußstrich unter die Ereignisse der letzten Monate gezogen und eine brüderliche Zusammenarbeit gewährleistet werde. In dieser Hoffnung sei man enttäuscht worden. Bei wichtigen Wahlen habe man die Grundzüge der Verhältnisse wohl nicht angewandt. Erst am Vorabend der Synode sei eine Gruppe der Gesandten über die Bistümer mitgeteilt worden, der in den Aufbau der altpreußischen Landeskirche entscheidend eingreife. Auch bei der Beschlußfassung über das Beamtengehalt, das die Grundzüge des staatlichen Beamtenrechts auf die Kirche übertrage, entfiel die Frage, ob hier nicht der dritte Artikel des Glaubensbekenntnisses verletzt werde. Nach dieser Erklärung verließ die Gruppe „Evangelium und Kirche“ geschlossen den Saal.

Das neue Bischofsgehalt und das Beamtengehalt wurden dann mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Nach dem Bischofsgehalt wird für das Gebiet der altpreußischen Landeskirche das Bischofsamt geschaffen; zugleich werden folgende Bistümer errichtet: Brandenburg, Cammin, Berlin, Danzig, Königsberg, Breslau, Köln-Aachen, Münster, Magdeburg-Halberstadt, Merseburg-Raumburg. An der Spitze des Bistums steht der Bischof. An der Spitze der Landeskirche der Landesbischof, der zugleich die evang. Kirche der Altpreußischen Union vertritt.

Das Beamtengehalt enthält u. a. den sogenannten Arierparagrafen, der bestimmt, daß Personen nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung Verheiratete weder als Geistliche noch Beamte der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden dürfen.

Times zur Abrüstung

London, 5. Sept. Das englische Kabinett befähigte sich in seiner heutigen Sitzung wieder mit der Abrüstungsfrage. Aus diesem Anlaß schreibt die „Times“: Allerorts bestche eher die Neigung zu einer Vermehrung als zu einer Verminderung der Rüstungen. Europa stehe vielmehr erst am Anfang einer langen Zeit der Aufrüstung. England werde nicht zögern, dem französischen Vorschlag, daß alle sechs Monate die Rüstungen durch einen Ausschuß des Völkerbunds nachgeprüft werden sollten, beizutreten, wenn die anderen Länder mit dem Vorschlag einverstanden seien. Wie verlautet, habe Roosevelt den amerikanischen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, beauftragt, den Vorschlag zu unterstützen. Daß das bisherige Rüstungsabkommen den Erwartungen nicht entsprechen werde, daran sei schuld, daß Japan in die Mandchurei eingedrungen und daß in Deutschland eine Regierung ans Ruder gekommen sei, die ungeachtet der verschiedenen Friedensserklärungen des Reichkanzlers Hitler „Angriffsstimmung“ und „Geist der Unabundbarkeit“ an den Tag lege und Deutschland „planmäßig militarisieren“.



